

Behauptungen sind nur Mythen

WEIDENAU Demografische Entwicklung: Forschungskolleg widerlegt gängige Annahmen – und fragt nach den wirklichen Gründen

Experte sagt: Eine Zukunft haben alle Kommunen. Man darf nur nicht die Augen verschließen.

wette ■ Eine Zukunft haben alle Kommunen. Dessen ist sich Frank Luschei von der Universität Siegen sicher. „Die Frage ist nur, wie sie aussieht“, lacht der Diplom-Psychologe. Es sind noch nicht viele Worte gesprochen, da zeigt sich schon, dass der Experte in Sachen Demografie eine andere Sicht auf das große Ganze hat, als das allgemein üblich ist. Die Menschen ziehen aus den ländlichen Regionen in die großen Städte? Die Menschen ziehen dorthin, wo es Arbeitsplätze gibt? Die Menschen ziehen in Städte mit einer besonders guten Autobahnbindung? „Alles empirischer Unsinn“, behauptet der Sozialwissenschaftler. Mythen seien das. Aussagen, die vielerorts nur vorgeschoben würden.

Frank Luschei ist am Forschungskolleg der Universität Siegen beschäftigt – und weiß, wovon er spricht. Im Rahmen einer Studie habe die Universität nämlich widerlegen können, dass die drei genannten Hypothesen zutreffen. So seien im Jahr 2010 alle 427 Kommunen in Nordrhein-Westfalen angeschrieben und ihnen Fragebögen zugesandt worden. Beantwortet wurden diese von Mitarbeitern, die in den Verwaltungen zuständig sind für demografische Entwicklung, von Bürgermeistern, von den Fraktionsvorsitzenden, oder auch von den Senioren- und Behindertenbeauftragten. Die Daten und Fakten, die die beantworteten Fragebögen dann lieferten, wurden in verschiedene Grafiken und Diagramme übertragen. „Deshalb können wir sagen, wie die meisten Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf den demografischen Wandel eingestellt sind und wie sie damit verfahren.“

Um seine Worte zu untermauern, öffnet Frank Luschei eine erste Grafik. Die Grafik, die mit Hilfe öffentlich zugänglicher Datenbanken von IT.NRW angefertigt wurde, zeigt alle NRW-Kommunen, die

entweder über oder unter einer roten Linie zu finden sind. „Die rote Linie ist der NRW-Durchschnitt“, erklärt der 53-Jährige. Die Grafik zeigt die Wanderungsbewegungen in den Städten, also Zu- und Wegzüge – umgerechnet auf 1000 Einwohner, um die Zahlen miteinander vergleichen zu können. „Dass Menschen aus dem kleinen Raum in größere Städte ziehen, ist empirischer Unsinn. Ja, es gibt kleine Städte, die Wanderungsverluste haben, aber es gibt auch kleine Städte, die einen Wanderungsgewinn zu verzeichnen haben.“ Als Beispiel nennt der Demografie-Experte das 23 Kilometer hinter Bad Berleburg gelegene Hallenberg, in dem 4400 Einwohner leben. Dort seien 22 Personen pro Tausend Einwohner gewonnen worden. Und Hallenberg sei sicherlich keine Ausnahme.

Zweites Beispiel: Um zu sehen, ob die Menschen – wie behauptet – den Arbeitsstellen folgen, hat die Universität die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kommunen auf je 1000 Einwohner umgerechnet. Auf Platz eins, so der Uni-Experte, habe dabei tatsächlich die Landeshauptstadt gelegen – sie biete reichlich Arbeit und verzeichne als Großstadt auch einen Wanderungsgewinn. Doch schon die Region Olpe, die die zweithöchste Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf je 1000 Einwohner vorweise, widerlege die These: Hier gebe es ebenfalls einen Wanderungsverlust. Am deutlichsten aber werde die These von Titz im Landkreis Düren widerlegt: Hier kämen auf 1000 Einwohner lediglich 97 sozialversicherungspflichtige Menschen – auf der anderen Seite aber stehe ein Bevölkerungszuwachs von 12,8 Bürgern pro 1000 Einwohner. In einer dritten und letzten Grafik zeigt Frank Lu-

schei, dass auch gute Verkehrsanbindungen in keinem Verhältnis zu den Bevölkerungswanderungen stehen.

Also müssten Zu- und Abwanderungen einen anderen Grund haben, als bislang angenommen. „Wenn die Mythen nachweislich Unsinn sind, dann stellt sich die Frage, warum es in den Regionen zu Wachstum oder Schrumpfung kommt.“ Schnell, so der Hilchenbacher, sei man dann bei Aspekten wie Attraktivität und



Lebensqualität angekommen. Das Forschungskolleg wollte das schließlich genauer wissen und führte 2013 (mit 2500 Teilnehmern) und 2015 (mit 900) eine Studentenforschung durch. Auf einer Skala von 0 bis 10 sollten die Teilnehmer der Studie zwei Dinge angeben: Zum einen, wie wichtig oder unwichtig ihnen grundsätzlich bestimmte Aspekte in ihrem Wohnort sind. Zum anderen, wie sie dort die derzeitige Situation bewerten. Dabei ging es unter anderem um gute Einkaufsmöglichkeiten, um Grünflächen und Erholungsangebote, um Bildungsangebote oder auch um Arbeitsplatzperspektiven. Insgesamt 20 solcher Aspekte wurden abgefragt.

Das Ergebnis lieferte für die Stadt Siegen zum Teil Überraschendes. Sicher, auf

der einen Seite legten die Studenten großen Wert auf gute und bezahlbare Wohnungen oder ein gut ausgebautes ÖPNV-System. Auf der anderen Seite aber gaben sie an, dass ihnen eine gute Autobahnbindung oder ein reges Nachtleben nicht wichtig seien. Und genau darum geht es in der Abfrage von persönlicher Wichtigkeit und dem tatsächlichen Angebot vor Ort. Beispiel ÖPNV: Auf einer Skala bis 10 erreichte er 8,6 Punkte – damit gaben die Studenten an, dass ihnen ein gut ausgebautes ÖPNV-System sehr wichtig ist. Das vorhandene Netz wurde im Schnitt aber nur mit 4,3 Punkten bewertet. „Die Stellen, an denen es diese großen Differenzen gibt, das sind die Punkte, auf die es für die Kommunen ankommt.“ Diese müssten angepasst werden, wenn es um das Gestalten der Zukunft gehe.

Nun weiß auch Frank Luschei, dass eine Umfrage mit Studenten andere Ergebnisse liefert als es eine Umfrage unter der „Normalbevölkerung“ täte. Deshalb arbeitet die Universität derzeit an einem Projekt für genau diese Zielgruppe: „Wir möchten wissen, was für die Normalbevölkerung wichtig ist.“ Die Test-Phase laufe, kurz vor oder unmittelbar nach den Sommerferien sollen dann die Online-Fragebögen freigeschaltet werden. Allerdings nur für wenige Kommunen, denn die Resonanz in den Verwaltungen sei durchaus überschaubar. Ganze 20 Kommunen aus Südwestfalen nehmen teil, darunter nur wenige aus Siegen-Wittgenstein. „Vielleicht ist es das Risiko, dass dabei Ergebnisse herauskommen können, die nicht jedem gefallen“, sagt Frank Luschei. Und er-

gänzt: „Oder die Kommunen haben zurzeit wegen der Flüchtlingsproblematik wirklich andere Dinge um die Ohren.“ In den Kommunen aber, die teilnehmen, seien die Fragebögen auf die entsprechenden Städte und Gemeinden abgestimmt. Da geht es dann auch um die Gründe von Zuzügen, um die Zufriedenheit der Wohnsituation, des Umfeldes oder der beruflichen Tätigkeit. Die Online-Befragung, erklärt der Experte, solle dabei helfen, wertvolle Informationen zu erhalten.

Ja, auch Dorfdialoge, die vielerorts durchgeführt werden, würden diese liefern. „Die sind auch alle gut, da habe ich nichts gegen. Das Dilemma dabei ist nur, dass es immer die selben sind, die daran teilnehmen: einige wenige Bürger und die Interessensvertreter wie Vereine und Verbände.“ Wenn aber 1000 Bürger an der Online-Befragung teilnähmen, so habe das durchaus eine andere Gewichtung, wenngleich auch dieses Ergebnis nicht repräsentativ sei.

Wie auch immer: Eine Zukunft, sagt Frank Luschei, haben alle Kommunen. Wichtig sei nur, dass man nicht vor der demografischen Entwicklung wegläufe, sondern sich aktiv mit ihr beschäftige – und den für sich richtigen Weg einschlage. Ein erster möglicher Weg: in Würde schrumpfen. Dann aber müsse auch die Infrastruktur dementsprechend angepasst werden. Ein zweiter Weg: Die Städte und Gemeinden versuchen, eine Zuwanderungsregion zu werden. Das aber sei nicht nur mit viel Arbeit und Geld verbunden, sondern zudem sehr schwierig.

„Beide Entscheidungen sind aber absolut legitim, und beide Entscheidungen sind auch richtig. Nur: Die Kommunen müssen eine Entscheidung treffen und sich entscheiden, wo sie hin wollen“, sagt Frank Luschei. Michael Wetter



Abbildung: majivecka - Fotolia